

92.3052

**Dringliche Interpellation Schiesser
Postcheckämter, Verarbeitungszentren**
**Interpellation urgente Schiesser
Offices des chèques postaux, centres
de traitement**

Wortlaut der Interpellation vom 2. März 1992

Am 31. Januar 1992 hat der Verwaltungsrat der PTT-Betriebe beschlossen, die Zahl der Postcheckämter in der Schweiz massiv herabzusetzen. Von heute 25 Aemtern sollen lediglich 6 übrigbleiben.

Ein Blick auf die Liste der bestehenden 25 Postcheckämter zeigt, dass in zahlreichen Landregionen mit einem erheblichen Stellenabbau bei den PTT-Betrieben zu rechnen ist, sollen doch insgesamt 900 Stellen eingespart werden. Bei diesen Landregionen handelt es sich durchweg um Gebiete, die über geringe Anteile an Bundesarbeitsplätzen verfügen. Umgekehrt hatten die PTT-Betriebe in den Agglomerationen bis vor kurzem mit erheblichen Personalrekrutierungsproblemen zu kämpfen. Ein Blick auf die von den PTT ausgerichteten Orts- und Sonderzulagen belegt dies deutlich.

In Anbetracht der heutigen Kommunikationsmittel ist es nicht erforderlich, dass die verbleibenden Postcheckämter in Ballungszentren angesiedelt werden. Der besondere Stellenwert dieser neuen Kommunikationsmittel wird ja gerade darin gesehen, dass sie zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Landregionen beitragen können.

Ich bitte den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch sind die jährlichen Einsparungen, die sich aus der Reduktion der Zahl der Postcheckämter ergeben? Wie hoch sind die Investitionen?
2. Ist der Bundesrat bereit, die PTT-Betriebe dazu anzuhalten, die verbleibenden Postcheckämter in Randregionen beziehungsweise in Regionen mit einem geringen Anteil an Bundesarbeitsplätzen anzusiedeln?
3. Welche anderen Möglichkeiten bestehen, Arbeitsplätze der PTT in Randregionen zu verlegen?

Texte de l'interpellation du 2 mars 1992

Le 31 janvier 1992, le Conseil d'administration de l'entreprise des PTT a décidé de réduire très fortement le nombre des offices de chèques postaux en Suisse. Il en existe aujourd'hui 25, il ne devrait en rester que 6.

La liste des 25 offices de chèques postaux montre qu'il faut s'attendre, dans de nombreuses régions rurales, à une diminution considérable des emplois auprès de l'entreprise des PTT, puisqu'il est envisagé d'économiser 900 postes au total. Ces régions rurales sont le plus souvent de celles qui disposent déjà d'une part minime des emplois offerts par la Confédération. Par ailleurs, l'entreprise des PTT rencontre, tout récemment encore, d'importantes difficultés de recrutement dans les agglomérations. Il suffit pour s'en convaincre de voir les indemnités spéciales et de résidences accordées par les PTT à son personnel.

Entant donné les moyens de communication dont on dispose aujourd'hui, il n'est pas indispensable d'implanter des offices de chèques postaux restants dans les grandes agglomérations. Le principal avantage de ces nouveaux moyens de communication réside dans le fait qu'ils permettent précisément de maintenir et de créer des emplois dans les régions rurales. A ce sujet, je prie le Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. A combien peut-on chiffrer les économies annuelles réalisées grâce à la réduction du nombre des offices de chèques postaux? A combien s'élèvent les investissements?
2. Le Conseil fédéral est-il disposé à inciter les PTT à implanter les offices de chèques postaux restants dans des régions isolées ou des régions qui ne bénéficient que d'une part minime des emplois offerts par la Confédération?

3. Quelles sont les autres possibilités de transférer des postes des PTT dans des régions isolées?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Béguin, Bloetzer, Cavadini
Jean, Delalay, Rhyner (5)

Schiesser: Vorerst möchte ich dem Ratsbüro dafür danken, dass es die vorliegende Interpellation dringlich erklärt hat. Es hat damit Verständnis gezeigt für die Sorge vieler Bürgerinnen und Bürger, die von der Aufhebung von 19 Postcheckämtern unmittelbar und direkt betroffen sind.

Viele dieser Bürgerinnen und Bürger sind trotz Zusicherung von seiten der PTT, Entlassungen seien nicht vorgesehen, vor die Alternative gestellt, ihre angestammte Umgebung zu verlassen oder anderweitig eine neue Stelle zu suchen.

Eine solche Entwicklung ist nicht nur für die betroffenen Personen belastend. Sie stellt auch für jene Regionen, in denen diese 19 Postcheckämter aufgehoben werden, einen Aderlass dar. Ich spreche bewusst von Aderlass, sind es doch nicht nur die PTT, die in solchen Landesteilen massiv Stellen aufheben. Auch die SBB tun ein Gleiches. Und ein Ersatz durch die Verlegung anderer Arbeitsplätze des Bundes in solche Regionen – ich denke jetzt vor allem an die Innerschweiz und an die Ostschweiz – erscheint heute als Illusion.

Herr Bundesrat, diese schleichende Tilgung von Bundesarbeitsplätzen in Randregionen ist verhängnisvoll und staatspolitisch von enormer Explosivität. Irgendwann werden sich die Bewohner dieser Gebiete fragen, ob denn die Schweiz nur noch aus dem Mittelland bestehe. Was links und rechts davon liegt, ist für Bern offenbar nicht mehr von Bedeutung. Sollte diese Entwicklung uneingeschränkt weitergehen, wird sich der Unmut der Bevölkerung dieser Gebiete irgendwann einmal Luft verschaffen. Es besteht die Gefahr, dass sich solche Protestaktionen an Abstimmungsvorlagen konkretisieren, die mit dem Abbau von Bundesarbeitsplätzen in diesen Gebieten direkt nichts zu tun haben.

Die Regiebetriebe des Bundes geraten mehr und mehr unter einen wirtschaftlichen Leistungsdruck, auch von seiten des Parlaments. Ob all dieser wirtschaftlichen Ausrichtung sollten wir, gerade auch in diesem Saal, den damit verbundenen staatspolitischen Aspekt nicht ausser acht lassen. Allenfalls haben wir uns in Zukunft vermehrt zu fragen, ob nicht über die Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen vermehrt dem von mir angesprochenen staatspolitischen Aspekt der Erhaltung von Arbeitsplätzen der Regiebetriebe des Bundes in Randregionen Rechnung getragen werden muss.

Für die Bevölkerung dieser Gebiete ist es schwer verständlich, dass der Bund auf der einen Seite namhafte Geldmittel zur Förderung dieser Regionen zur Verfügung stellt, umgekehrt aber derselbe Bund in diesen Regionen zahlreiche Stellen von Bahn- und Postbediensteten aufhebt.

Die Auswirkungen im konkreten Fall sind viel nachhaltiger, als man sich dies bei den zuständigen Stellen ausmalen kann. Im Zusammenhang mit der Verteilung der verbleibenden sechs Postcheckämter bzw. der Verarbeitungszentren erwarten diese Randregionen ein klares Zeichen von seiten des Bundesrates. Es wird sich zeigen, ob die Anpreisung neuer Kommunikationsmittel mit dem Argument, dadurch würden auch Arbeitsplätze in abgelegeneren Gebieten ermöglicht, sich als leere Phrase erweist oder wirklich ein inhaltvolles Versprechen ist.

Bundesrat Ogi: Drei Fragen – drei Antworten. Sollten diese Antworten kurz sein? In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit würde ich meinen, ja; aber Herr Schiesser hat natürlich Anrecht auf eine etwas umfassendere Antwort auf seine dringliche Interpellation. Ich bitte deshalb um Nachsicht, wenn die Antwort nicht allzu kurz ausfällt.

Darf ich Ihnen zunächst einmal folgendes sagen, Herr Schiesser? Für uns gibt es nicht nur Bern und die Agglomeration und das Mittelland, sondern es gibt für uns auch das Rand- und das Berggebiet. Man darf nicht aufgrund der Aufhebung dieser Postcheckämter die Idee haben, wir würden das Rand- und das Berggebiet vergessen.

Ich muss Ihnen klar und deutlich sagen: Ihre Geschäftsprüfungskommission hat dem Bundesrat beim ursprünglichen Automationskonzept ausdrücklich – ich betone: ausdrücklich – empfohlen, die PTT anzuhalten, die Zahl der Postcheckämter massiv – ich betone: massiv – einzuschränken.

Das neue Konzept sieht für die Datenerfassung der Zahlungsaufträge der Kontoinhaber sechs – nicht fünf und nicht sieben, sondern sechs – dezentrale Verarbeitungszentren vor. Dazu kommt ein zentrales Rechnungszentrum für die Kundendatenbank und für die Kontenbewirtschaftung in Bern. Diese Sechs-Zentren-Lösung erlaubt eine optimale Auslastung der technischen Kapazität der Anlagen dank einer gleichmässigen Aufteilung des Belegvolumens. Der Rahmenkredit für die neue Lösung beläuft sich auf 138,8 Millionen Franken, im Gegensatz zu 520 Millionen Franken beim sistierten Projekt. Die PTT beziffern die jährlichen Einsparungen der neuen Automatisationslösung auf 33 Millionen Franken. Herr Schiesser, die PTT müssen ja auch rechnen.

Weshalb nur sechs und nicht mehr Verarbeitungszentren? Die Lösung mit sechs Verarbeitungszentren hat sich aus folgenden Gründen als beste Variante herauskristallisiert: Erstens erreichen wir das beste Verhältnis zwischen Wirtschaftlichkeit, Technologie, Leistung und Funktionalität, zweitens sind eine gleichmässige Zuordnung des Belegvolumens sowie eine optimalere Ausnutzung der technischen Anlagen möglich; drittens sind geeignete Räume für sechs Zentren termingerecht und mit geringerem Kostenaufwand zu realisieren. Schliesslich ermöglichen sechs Zentren – nicht fünf und nicht sieben – ein wirtschaftlich vertretbares Eingehen der PTT auf sprachliche, regionalpolitische, föderalistische und arbeitsmarkt-mässige Randbedingungen. Synergien durch technische Abstützung der regionalen Verkaufsorganisationen sind ebenfalls möglich.

Was würden zusätzliche Verarbeitungszentren kosten? Trotz der Einsparungen und der grossen Differenz zwischen 138 und 520 Millionen Franken möchte ich betonen, dass die Rechnung jedes Jahr verschlechtert würde, denn jedes zusätzliche Zentrum kostet, und die Wirtschaftlichkeit des Projektes wird damit ebenfalls reduziert. Pro zusätzliches Zentrum, das wir bauen müssten, würden die geschätzten Mehrinvestitionen 8 bis 17 Millionen Franken betragen – abhängig davon, ob es um einen Neubau oder einen Umbau geht –, und entsprechend stiegen die Betriebskosten. Die jährlichen Einsparungen, die erwähnten 33 Millionen Franken, wären nicht möglich.

Zur Frage nach Verarbeitungszentren in Randregionen. Mit der Auswahl der Regionen für je ein Verarbeitungszentrum haben die PTT bereits sprachliche wie regionale Überlegungen berücksichtigt. Entschieden ist noch nichts; ich nehme an, dass Sie deshalb Ihre Interpellation als dringlich erklären liessen. Die PTT – und nicht der Bundesrat – wollen diesen Entscheid im Sommer 1992 fällen.

Zur Frage der Verlegung von PTT-Arbeitsplätzen in die Randregionen: Sie wissen, Herr Schiesser, dass die PTT versuchen, bei den Post- und Fernmeldediensten sowie im EDV-Bereich Arbeitsplätze in die Regionen zu verlegen, wo es wirtschaftlich und technisch machbar und von den Arbeitsabläufen her sinnvoll ist.

Ich möchte Ihnen noch etwas Proviant auf den Weg zum Aperitiv mitgeben, indem ich Ihnen bekanntgebe, welche Kriterien für die Standortwahl gelten: Es sind zunächst die bauliche Situation der heutigen Postcheckämter, die in den einzelnen Regionen vorhandenen Möglichkeiten, das Raumangebot, die Eignung für Infrastruktureinrichtungen. Zweitens geht es immer um Fragen von Verkehr, Energie und Kommunikation, also um Infrastrukturmöglichkeiten, um gute Verkehrsverbindungen wegen den Sendungen an die Kunden und an die Poststellen, um das Verkehrsaufkommen, d. h. die Anzahl Kontoinhaber, Aufträge und Zahlungsbelege und schliesslich um volkswirtschaftliche Aspekte wie die Bedeutung des Wirtschaftsraumes und des Arbeitsmarktes. Diese Kriterien haben die PTT zu beachten.

Ich möchte Ihnen gerne sagen, weshalb die PTT die Zentren nicht in Randgebieten, auf der grünen Wiese, bauen können; auch dafür gibt es verschiedene Gründe. Verkehrsverbindun-

gen habe ich bereits erwähnt. Die Zentren sind zur Bewältigung der Verkehrsspitzen – im Postcheckkontobereich Ende des Monats – auf Arbeitskräfte angewiesen, die bloss stunden- oder tageweise arbeiten, also auf kurzfristiges Engagieren dieser Leute. Zentren auf der grünen Wiese bedingen zudem Neubauten, was finanziell und terminlich nicht immer und überall akzeptierbar ist.

Fazit: Ich hoffe, damit Ihre dringliche Interpellation gleichwohl recht umfassend beantwortet zu haben.

Bei allem Verständnis für die Randregionen können wir die PTT angesichts ihres neuen Auftrags – ich erinnere Sie daran, dass das Fernmeldegesetz auf den 1. Mai 1992 in Kraft gesetzt wird, das haben Sie so beschlossen – nicht dazu anhalten, die wirtschaftliche Betriebsführung jetzt nicht anzuwenden. Es ist ein neues PTT-Zeitalter eingeläutet worden – von Ihnen, vom Bundesrat –; die Konsequenzen daraus sind zu ziehen, und es ist damit auch zu leben.

Präsident: Es sind weniger als die Hälfte der Ratsmitglieder anwesend. Ich möchte Ihnen deshalb beliebt machen, dass wir die Diskussion (falls sie Herr Schiesser verlangt) auf die kommende Session verschieben, weil es nicht angeht, über ein so wichtiges Geschäft eine Diskussion zu führen, wenn nicht einmal die Hälfte der Ratsmitglieder anwesend sind.

Schiesser: Ich bin vom Vorschlag des Vizepräsidenten sehr befriedigt, und ich möchte in diesem Sinne Diskussion beantragen, aber verschoben auf die nächste Session.

Zur Antwort des Bundesrates möchte ich ganz kurz folgendes sagen: Bei Frage 1 bin ich mit den erhaltenen Auskünften zufrieden. Bei Frage 2 bin ich nicht befriedigt, denn über die Bereitschaft des Bundesrates ist nur indirekt etwas gesagt worden. Zu Frage 3: Hier wären gewisse zusätzliche Punkte auszu-leuchten. Wir können das heute angesichts der fortgeschrittenen Zeit nicht tun.

Gesamthaft gesehen bin ich von der bundesrätlichen Antwort nicht befriedigt.

Präsident: Der Interpellant erklärt sich nicht befriedigt und beantragt Diskussion, und zwar soll diese Diskussion auf die nächste Session verschoben werden. – Sie sind damit einverstanden.

Verschoben – Renvoyé

*Schluss der Sitzung um 13.45 Uhr
La séance est levée à 13 h 45*

Dringliche Interpellation Schiesser Postcheckämter, Verarbeitungszentren

Interpellation urgente Schiesser Offices des chèques postaux, centres de traitement

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1992
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	09
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.3052
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.03.1992 - 08:30
Date	
Data	
Seite	250-251
Page	
Pagina	
Ref. No	20 021 178